

Nach dem Nein zu Zwentendorf

Österreich hat am 5. November 1978 den Betrieb von Kernkraftwerken (= KKW) abgelehnt. Mit hohen Kosten hatte man die Anlage eines ersten KKWes in Zwentendorf (= Zd.) errichtet. Während des Baues waren die Probleme gewachsen. Angesichts der einander widersprechenden Meinungen über die Inbetriebnahme von Zd. in der Bevölkerung war eine politische Entscheidung zu treffen.

I. Politische Entscheidungen

1. Gesetze und Volksabstimmung

Der Nationalrat beschloß am 7. Juli 1978 mit geringer Mehrheit¹: „Zur Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes in Österreich ist, außer den auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen erforderlichen behördlichen Bewilligungen, eine *durch Bundesgesetz zu erteilende Erlaubnis* aus gesamtstaatlicher, volkswirtschaftlicher und energiepolitischer Sicht sowie unter Bedachtnahme auf Gesichtspunkte technischer und gesundheitlicher Sicherheit — soweit diese Kompetenzen durch den Bund wahrzunehmen sind — erforderlich“². Für die Inbetriebnahme des KKWes Zd. der Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GmbH. wurde zugleich diese Erlaubnis erteilt³.

Zur weiteren politischen Absicherung wurde jedoch das Inkrafttreten dieses Beschlusses von einer *Volksabstimmung* abhängig gemacht, die der Bundespräsident am 13. September 1978 anordnete und die die Bundesregierung auf den 5. November 1978 festsetzte⁴. Die mit Ja oder Nein zu beantwortende Frage des amtlichen Stimmzettels lautete: „Soll der Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 7. Juli 1978 über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf) Gesetzeskraft erlangen?“⁵ An der Volksabstimmung beteiligten sich von 5.083.673 Stimmberechtigten 3.259.118 (64,1 Prozent); eine knappe Mehrheit der 3.183.147 gültigen Stimmen, nämlich 1.606.308 (50,47 Prozent), fiel auf Nein⁶. Die führenden Politiker erklärten, daß diese Entscheidung selbstverständlich geachtet werden müsse⁷.

Zum überraschenden Ergebnis der Abstimmung kam es anscheinend dadurch, daß mit der Frage, die der amtliche Stimmzettel vorsah, in der vorausgehenden Kampagne *andere Fragen* verquickt wurden. Bundeskanzler Kreisky, der noch wenige Wochen vor der Abstimmung gezögert hatte, sich für Ja oder Nein auszusprechen, trat schließlich doch für das Ja ein⁸ und gab dem Ja die Bedeutung einer Zustimmung nicht nur zur friedlichen Nutzung der Atomenergie, sondern zur gesamten Energiepolitik seiner Regierung; vielfach wurde dies so verstanden, daß er damit seine Politik überhaupt gebilligt haben wollte⁹. Kreisky begründete später diese Verquickung damit, daß er

¹ Vgl. Nein zum Zwentendorf-Gesetz — Ja zur Sicherheit, Auszüge aus der Nationalratsdebatte am 28. Juni 1978, Österr. Monatshefte 34, 10 (1978) 18 f.

² Bundesgesetz über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf) § 1, Bundesgesetzblatt (= BGBl) 493/1978.

³ Ebd. § 2.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. H. Kienzl, Der Rest ist Schweigen, Solidarität 588 (Jänner 1979) 9—11, 10.

⁶ Vgl. Gesamtergebnis der Volksabstimmung, Wiener Zeitung (= WrZ) 7. 11. 1978, 3.

⁷ Dem „Nein“ folgt das Dilemma: Was geschieht mit Zwentendorf? WrZ 7. 11. 1978, 1 f.

⁸ „Dieses Werk steht, es hat Milliarden gekostet, es darf nicht verrotten.“ Endrunde der Atomdiskussion, WrZ 31. 10. 1978, 3.

⁹ „Kreisky verwahrte sich dagegen, die bevorstehende Volksabstimmung als Entscheidung über die gesamte sozialistische Politik zu sehen, es gehe ausschließlich um die Energiepolitik der Bundesregierung.“ Atomdiskussion wird hitziger, WrZ 24. 10. 1978, 3. — A. Grinschl, Der Widerwille steigt von Tag zu Tag, Die Furche 27. 10. 1978, 1: „Am 5. November geht es in erster Linie nicht um eine Sachfrage, es geht vielmehr um eine Vertrauensfrage für oder gegen die Bundesregierung.“

von seinen politischen Gegnern auf diesen Weg gedrängt worden sei¹⁰. Anscheinend wurden dadurch nicht wenige Stimmberechtigte in Konflikte gebracht: Manche hätten zum KKW ja gesagt, wollten aber vielleicht nicht einfach die Politik der Regierung gutheißen¹¹. Andere hätten die Regierungspolitik gebilligt, hatten aber gegen KKWe Einwände¹². Viele scheinen sich für unzuständig gehalten zu haben, eine so schwerwiegende Entscheidung zu treffen¹³. So mag es sich erklären, daß 1,824.555 Stimmberechtigte (35,89 Prozent) der Abstimmung fernblieben.

Eine der Reaktionen der Regierungspartei, der Sozialistischen Partei Österreichs (= SPÖ), auf das Ergebnis war, daß ihre Nationalratsfraktion schon am 8. November 1978 im Parlament ein Bundesgesetz beantragte, durch das die *Nutzung der Kernenergie* für die Energieversorgung (einschließlich der Inbetriebnahme bereits bestehender derartiger Anlagen) in Österreich *verboten* werden sollte¹⁴. Tatsächlich verabschiedete der Nationalrat am 15. Dezember 1978 einstimmig ein derartiges Gesetz: „Anlagen, mit denen zum Zwecke der Energieversorgung elektrische Energie durch Kernspaltung erzeugt werden soll, dürfen in Österreich nicht errichtet werden. Sofern jedoch derartige Anlagen bereits bestehen, dürfen sie nicht in Betrieb genommen werden“¹⁵.

2. Österreich und die IAEA

Durch das Nein zur friedlichen Nutzung der Kernspaltung geriet Österreich in eine eigenartige Lage: Es beherbergt seit Jahren die Internationale Atomenergie-Organisation und hat für sie in den Gebäuden, die für verschiedene Organisationen der Vereinten Nationen im Wiener Donaupark mit beträchtlichen Kosten errichtet wurden, entsprechende Räume vorgesehen; selbst aber versagt es sich einem der bedeutendsten Zwecke, denen diese Behörde dient. Die *Internationale Atomenergie-Organisation* (International Atomic Energy Agency = IAEA), die 1977 ihren zwanzigjährigen Bestand feiern konnte, verfolgt ja das Ziel, „in der ganzen Welt den Beitrag der Atomenergie zum Frieden, zur Gesundheit und zum Wohlstand zu beschleunigen und zu steigern. Die Organisation sorgt im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür, daß die von ihr oder auf ihr Ersuchen oder unter ihrer Überwachung oder Kontrolle geleistete Hilfe

¹⁰ Vgl. Für und wider Zd., WrZ 22. 10. 1978, 2. — Parlamentsklub der Österr. Volkspartei (ÖVP): „Im Gegensatz zur SP fordere der Klub die Österreicher auf, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit oder -sympathie zu entscheiden.“ Endrunde der Atomdiskussion, WrZ 31. 10. 1978, 3.

¹¹ H. Kienzl, Der Rest ist Schweigen (s. Anm. 5) 10: „Etwa 10 bis 20 Prozent wollten aus Gründen ihrer politischen Überzeugung der Bundesregierung kein Vertrauensvotum ausstellen.“ — Vgl. H. Boberski, Volksabstimmung Zd., Österr. Hochschulzeitung 30. 11. (1978) 18.

¹² So die Junge Generation SPÖ Wien, Atomkraftwerke in Österreich. Materialien zur Energiepolitik, Wien 1977. — Vgl. die „Diskussion KKWe“ in der Monatsschrift der SPÖ Zukunft, Oktober 1978; gegen KKWe sprechen sich dort aus E. Matzner, F. Oberleitner, J. Windisch, Th. Prager, V. Gruen; Mitglieder des Redaktionskomitees für das neue Parteiprogramm (I. Goessler-Leirer, H. Komenda, A. Konecny, H. Kramer, E. Kreisky, H. Steinert) betonen, durch das Parteiprogramm sei niemand zur Zustimmung zu KKWen genötigt.

¹³ V. Gruen, Statt Information und Aufklärung Anweisungen an den „Untertanen“, Die Presse 20. 10. 1978, 3: „Die gloriose Idee war, sich diesem Dilemma zu entziehen, indem man nicht oder nicht genügend informierte Staatsbürger über etwas, was sie (die Volksvertretung) nicht entscheiden konnte oder wollte, abstimmen lasse.“ — Das Gutachten der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft „Alternative Möglichkeiten für die Energiepolitik“ (Heidelberg 1977) spricht von einer Überforderung der Bürger, Verwaltungen und Gerichte (150).

¹⁴ „Nachbeben“ nach Zd., WrZ 9. 11. 1978, 3.

¹⁵ Bundesgesetz über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich § 1, BGBl 676/1978; vgl. Atomenergie scheidet aus, WrZ 17. 12. 1978, 3.

nicht zur Förderung militärischer Zwecke benützt wird“¹⁶. Zur Erreichung ihres Zieles kann die IAEA den Einsatz von Atomenergie auf verschiedenen Gebieten fördern, im besonderen auch zur *Erzeugung elektrischen Stromes in KKWen*; darauf liegt sogar ein *Schwerpunkt* ihrer Tätigkeit¹⁷.

Die *Mitgliedstaaten* der IAEA richten heute ihr *Interesse* vorwiegend auf KKWen¹⁸. Die Delegierten weisen immer wieder auf den *wachsenden Bedarf an* (elektrischer) *Energie* sowohl in den industrialisierten wie in den Entwicklungsländern hin. Von der Befriedigung dieses Bedarfes sehen sie Glück und Frieden einer Welt mit zunehmender Bevölkerung abhängen. Konventionelle Energiequellen erweisen sich als unzureichend. Auch wenn Wasserkraften noch mehr genutzt werden, genügen sie nicht; Kohle steht nicht allen Ländern zur Verfügung und droht sich zu erschöpfen; ebenso Erdöl, das überdies zu kostbar ist, um zur Energieerzeugung verwendet zu werden (selbst Erdölländer wollen ihre Reserven nicht frühzeitig verbrauchen)¹⁹. Durch Rationalisierung schon verfügbarer Energiemengen läßt sich das Problem auch nicht zur Gänze lösen. Als aussichtsreichste Möglichkeit, den wachsenden Energiebedarf zu decken, bieten sich KKWen an²⁰. Auf sie richten die meisten Staaten ihre Hoffnung, ohne sich sehr viel um Bedenken dagegen zu kümmern. Viele sehen in der Kernenergie die einzige technisch durchführbare und wirtschaftlich annehmbare Alternative zur Verwendung fossiler Brennstoffe; nur mit ihrer Hilfe könne in den neunziger Jahren unseres Jahrhunderts der Energiebedarf gedeckt werden²¹.

Natürlich ist zu fragen, ob der Aufwand, der in den Industrieländern getrieben wird, unbedingt notwendig ist und ob nicht eine sparsamere Lebensweise zur Entschärfung der Probleme beitragen könnte. Anerkannt muß jedoch werden, daß für die *Entwicklungsländer* die Energiekrise viel bedrohlicher ist als für die Industrieländer und daß die Entwicklungsländer mit Recht die Hebung ihres materiellen Lebensstandards wünschen, wozu sie entsprechende Energiemengen brauchen²². Sie wollen die Möglichkeiten der Atomkraft nützen und verlangen, dabei von den Industrieländern und der IAEA unterstützt zu werden²³.

In *Österreich* wurde durch Jahre an der Errichtung eines KKWes, eben in Zd., gearbeitet. Indessen haben immer mehr Stimmen vor den Gefahren gewarnt, die mit einem solchen Unternehmen verbunden sind. Die Bundesregierung meinte daher, die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung darüber abstimmen lassen und ihr damit die Verantwortung auferlegen zu sollen. In die Zeit der Vorbereitung der Abstimmung fiel die 22. Sitzung der Generalkonferenz der IAEA; so fühlte sich deren Generaldirektor *Dr. Sigvard Eklund* gedrängt, darauf hinzuweisen, daß in vielen Ländern die KKWen etwas von ihrer früheren Anziehungskraft eingebüßt hätten. Er fragt nach dem Warum und findet, auch die IAEA solle auf die Gründe der Kernkraftgegner eingehen und ihnen zu einer ausgewogeneren Sicht der Probleme verhelfen; mit nationalen

¹⁶ Internationale Atomenergie-Organisation, Satzung einschließlich Änderungen nach dem Stand vom 1. Juni 1973. Wien 1975, 5: Art. II. — Der Verfasser gehörte der Delegation des Hl. Stuhles für die 21. und die 22. Sitzung der Generalkonferenz der IAEA, die 1977 und 1978 in Wien abgehalten wurden, an und konnte so Einblick in die Arbeiten und die Probleme der Organisation gewinnen; im folgenden werden die Stellungnahmen der Delegierten auf diesen Sitzungen mit IAEA 1977 und IAEA 1978 zitiert.

¹⁷ Nach *S. Eklund*, IAEA 1978, stehen unter den Ländern mit freier Marktwirtschaft, welche Kernenergie nutzen, an der Spitze Belgien (22 % des elektrischen Stromes aus KKWen), Schweden (22 %) und die Schweiz (17 %); Industrieländer investieren weiter ausgiebig auf diesem Gebiet.

¹⁸ Vgl. *K. Hörmann*, Die Sorge um den Frieden auf der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergieagentur 1977 in Wien, Wiener Blätter zur Friedensforschung (= WvBf) Nr. 17 (1978) 13–15.

¹⁹ So etwa Kuwait, IAEA 1978. — Alternative Möglichkeiten (s. Anm. 13) 152: „Dem Verbrauch von Rohstoffen sind Grenzen durch die auf der Erde vorhandenen Vorräte gesetzt.“

²⁰ *S. Eklund*, IAEA 1978, hält die Weiterentwicklung der Kernenergie für unerlässlich; ähnlich der Präsident der 22. Sitzung, *Prof. Malu*, IAEA 1978, und *Präsident Carter*, USA-Delegation IAEA 1978.

²¹ Energie und Wachstum (Mitt. des Instituts für Gesellschaftspolitik, Heft 16). Wien 1975, 41: „Wir stehen vor einer Durststrecke, die nur durch die Kernenergie überbrückbar ist.“

²² Vgl. die Berichte der Delegierten von Guatemala, Kuwait, Vietnam, IAEA 1978.

²³ Vgl. die Berichte der Delegierten von Jugoslawien, Saudi-Arabien, Tanzania, Zambia, IAEA 1978.

Problemen müsse aber jeder Staat selbst fertig werden²⁴. Der *österreichische Delegierte* wies auf die Bereitschaft seines Landes hin, die Bestrebungen der IAEA voll zu unterstützen, teilte aber auch mit, daß die Volksabstimmung bevorstehe²⁵.

3. Kernenergie und Öffentlichkeit

Österreich ist nicht das einzige Land, in dem das Unternehmen KKW in Frage gestellt wird. Während die Entwicklungsländer darauf aus sind, zu günstigen Bedingungen Zugang zu den modernen Technologien zu gewinnen und diese zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und Verselbständigung zu benützen, und während die Länder mit zentral gelenkter Wirtschaft weiter Wissenschaft und Technik als Wohltaten ansehen, werden nach S. Eklund in manchen Ländern mit freier Marktwirtschaft gewählte Regierungen durch *Aktionsgruppen* an der Einführung bedeutender technologischer Neuerungen gehindert; wo es zu Volksabstimmungen komme, hätten diese gewöhnlich ein Ergebnis von zwei zu eins zugunsten der Kernenergie²⁶.

Verständnis für die öffentliche Diskussion der Probleme um die KKWe zeigten auf der 22. Sitzung der Generalkonferenz der IAEA die Delegierten der BRD, Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, Liechtensteins, der Niederlande und der USA²⁷. Der Delegierte der Philippinen fand, das Volk habe in dieser Frage kein objektives Urteil²⁸. Der Delegierte von Liechtenstein war der Meinung, daß manche Befürchtungen deshalb verbreitet sind, weil die Nichtfachleute die Sprache der Fachleute nicht verstehen und den Eindruck haben, es würde ihnen etwas verheimlicht; die Fachleute sollten daher für die Allgemeinheit verständlicher reden²⁹. Die Regierung von Großbritannien (United Kingdom) läßt vor ihren Entscheidungen alle größeren Vorhaben hinsichtlich der Kernkraftnutzung öffentlich diskutieren³⁰.

Autoren, die der friedlichen Nutzung der Kernkraft kritisch gegenüberstehen, betonen, die *Beteiligung der Öffentlichkeit* sei wichtig, weil nur so verhängnisvolle einseitige Entwicklungen verhindert werden könnten³¹ und gewährleistet würde, „daß das Wohl des einzelnen und der Gemeinschaft zum Kriterium der Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit wird und nicht umgekehrt“³². Ähnlich wie 1977³³ betonte H. J. Abs, Delegierter des *Hl. Stuhles* bei der IAEA, auch 1978 die Notwendigkeit, „die Öffentlichkeit über die mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie verbundenen Fragen zu informieren“ und alles zu besprechen, „was zu einer Klärung der Risiken beim Einsatz von Kernenergie für verschiedene Projekte beiträgt“³⁴.

In Österreich wurde der Inbetriebnahme von Zd. durch einzelne (darunter Persönlichkeiten der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens)³⁵ und durch Gruppen³⁶ beträcht-

²⁴ IAEA 1978.

²⁵ IAEA 1978.

²⁶ S. Eklund, IAEA 1978. — Vgl. Bewegungen gegen die Zerstörung der Umwelt in Italien, der BRD, Großbritannien, Belgien, Japan, den USA und Lateinamerika, *Marxismus Digest* 2/1977, 140–151.

²⁷ IAEA 1978.

²⁸ IAEA 1978.

²⁹ IAEA 1978.

³⁰ IAEA 1978. — Wie R. Hill, Atomdebatten abseits jeder Politik, *Die Presse* 3. 11. 1978, 3, darlegt, läßt die britische Regierung solche Fragen durch das Volk diskutieren, nicht aber entscheiden.

³¹ Vgl. V. Weisskopf, Einige Gedanken über Umweltaspekte der Kernenergie, in: *Kernenergie in Österreich pro und contra* (Veröffentlichung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung). Wien / New York 1976, 81–84, 83 f.

³² H. Büchele, *Zur Ethik der Kernenergie*. Wien o. J. 36.

³³ IAEA 1977.

³⁴ Atomenergie für friedliche Zwecke, *L'Osservatore Romano*, Wochenausgabe in deutscher Sprache 1. 12. 1978, 9.

³⁵ Angeführt seien P. Blau, E. Broda, G. Bruckmann, E. Gruber, H. Husslein, K. Lorenz, B. Lötsch, E. Matzner, K. H. Spitz, A. Tollmann, P. Weish.

³⁶ Beispiele: Salzburg Conference for a Non-nuclear Future, 1. 5. 1977; Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner; Internationaler Versöhnungsbund, Österr. Zweig; Weltbund zum Schutz des Lebens, Sektion Österr.; Niederösterr. Naturschutzbund; Aktionskomitee Frauen und Kernenergie; Katastrophenhilfe österreichischer Frauen; Gruppe Sozialisten

licher Widerstand entgegengesetzt. Befürworter³⁷ der Nutzung von Kernenergie zur Erzeugung elektrischen Stromes führten dies zu einem guten Teil auf mangelnde Information zurück, weshalb die Bundesregierung³⁸ und die Elektrizitätswirtschaft³⁹ sich um die Aufklärung einer breiten Öffentlichkeit bemühten. Das Bundeskanzleramt veranstaltete gemeinsam mit der Energiesektion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie vom Oktober 1976 bis zum März 1977 eine Informationskampagne, „in der das zehnjährige Versäumnis, über den Problemkreis Kernenergie zu informieren, zu diskutieren und einen demokratischen Willensbildungsprozeß einzuleiten, nachgeholt werden sollte“⁴⁰. Es erwies sich aber, daß ein Großteil der Bevölkerung sich trotzdem für eine solche Entscheidung nicht für genügend gerüstet hielt⁴¹.

II. Umstrittene Kernkraftwerke

1. Wachsender Energiebedarf

Die Errichtung von KKWen wird mit dem *wachsenden Bedarf an elektrischer Energie* in Industrie- und in Entwicklungsländern begründet. Aus den bisherigen Quellen könne dieser Bedarf zumindest auf längere Zeit nicht gedeckt werden⁴². Zur wirtschaftlichen Nutzung einer Reihe anderer Möglichkeiten (Sonnenstrahlung, Erdwärme u. a.) seien befriedigende Technologien noch nicht entwickelt. Hingegen sei die *Nutzung der Kernspaltung in Kraftwerken* eine aussichtsreiche Möglichkeit, die Energielücke zu schließen⁴³. Was läge für Techniker, Wirtschaftsleute und andere Interessierte näher, als zu sagen: Wir können es, also tun wir es⁴⁴.

Nach S. Eklund sind die wirtschaftlichen Ergebnisse des Betriebes von KKWen befriedigend; die steigenden Preise von Öl und anderen Brennstoffen hätten sie noch ökonomischer gemacht. Die Atomenergiegegner hätten zu wenig durchdacht, wie die Vorteile der elektrischen Energie, die jedermann zu benützen wünscht, gesichert werden können, wenn man die wissenschaftlich-technische Weiterentwicklung als überflüssig ansieht; wie dann der Lebensstandard in den entwickelten Ländern aufrechterhalten und in den Entwicklungsländern gehoben werden kann; wie ferner Nahrung und Wasser für eine wachsende Erdbevölkerung gesichert werden können⁴⁵.

Ähnlichen Erwägungen ist man in Österreich gefolgt. Nach dem Bundesgesetz vom 7. Juli 1978 wäre für die gesetzliche Erteilung der Bewilligung zur Inbetriebnahme eines KKWes die gesamtstaatliche, volkswirtschaftliche und energiepolitische Sicht Kriterium⁴⁶. Maßgebende Kreise kamen zur Überzeugung: „Die entscheidende Auf-

gegen Atomenergie; Junge Generation SPÖ Wien; Katholisches Jugendwerk Österreichs; Bundesleitung der Kath. Jugend; Kath. Hochschuljugend Salzburg; Ökumenischer Jugendrat in Österr.; Überparteil. Arbeitsgemeinschaft Christen Nein zu Zd.

³⁷ Aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik z. B.: W. Erbacher, H. Fischer, K. Gruber, R. Gutdeutsch, H. Kienzl, F. Klenner, F. Paschke, F. Schiller, H. Vetter.

³⁸ Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, österreichisches energieforschungskonzept. Wien 1975; Kernenergie in Österreich pro und contra (s. Anm. 31); F. Katscher, Kernenergie und Sicherheit. Eine Bürgerinformation des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz. Wien 1978.

³⁹ Verband der Elektrizitätswerke Österreichs, Thema Kernenergie. Wien o. J.; Warum wir Zd. brauchen. Wien o. J.; eine Reihe von knappgefaßten Informationen.

⁴⁰ H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie (s. Anm. 32) 9.

⁴¹ E. Ploier, Präsident der Kath. Aktion Österreichs, war der Meinung, die Staatsbürger seien durch die Volksabstimmung überfordert; Kathpress 24. 10. 1978, 1.

⁴² Vgl. C. F. v. Weizsäcker, Entwicklung und Deckung unseres Energiebedarfes, in: Kernenergie in Österreich pro und contra (s. Anm. 31) 85.

⁴³ W. Häfele, Kernenergie, ebd. 19–37, 32: „Verwendung der Kernenergie im großen Stil erlaubt es . . . , eines der großen Versorgungsprobleme der nächsten Jahrzehnte zu lösen.“

⁴⁴ W. Häfele, ebd. 34: „Man fahre mit dem Bau von KKWen fort.“

⁴⁵ S. Eklund, IAEA 1978.

⁴⁶ § 1, BGBl 493/1978.

gabe, ein mögliches Energiedefizit zu decken, kommt offensichtlich der Kernenergie zu und hier vor allem den Brutreaktoren⁴⁷, so sehr, „daß wir ohne Kernkraftwerke in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht auskommen können“⁴⁸.

2. *Dürfen wir, was wir können?*

Dennoch fragen nicht wenige wie anderwärts so auch in Österreich: Wir können zwar die Kernspaltung zur Gewinnung elektrischer Energie benützen, aber *dürfen wir es*⁴⁹? Immer mehr wurde beachtet: Die Nutzung der Kernenergie ist nicht nur eine naturwissenschaftlich-technische und eine wirtschaftliche Frage, sondern eine umfassend menschliche, daher auch *ethische Frage*⁵⁰. Sie kann nur dann genügend bewältigt werden, wenn alle ihre Aspekte redlich erörtert und sorgfältig berücksichtigt werden. Seit Oktober 1975 war in der BRD ein von 650 Fachleuten unterzeichneter „Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages“⁵¹ im Umlauf, in dem die Nutzung der Kernenergie für notwendig und für verantwortlich erklärt wurde; dagegen erhoben 2921 Personen, darunter viele Biologen und Mediziner, im „Heidelberger Memorandum“⁵² warnend ihre Stimme.

Dem Argument der *Kernkraftbefürworter*: „Wir brauchen die elektrische Energie aus KKWen“ setzen die *Gegner* entgegen, daß mit den KKWen Gefahren bisher unbekannter Größenordnung für gegenwärtig lebende Menschen und für kommende Generationen verbunden seien; im übrigen seien KKWen weder nützlich noch notwendig, da man mit alternativen Möglichkeiten besser fahren könne, und seien von ihrer Errichtung und ihrem Betrieb unerfreuliche gesellschaftliche Auswirkungen zu befürchten; schließlich seien die Befürworter weitgehend von einer verderblichen Ideologie wirtschaftlichen Wachstums beherrscht⁵³.

B. Lötsch urteilt: „Die ungelösten Folgeprobleme und ökologische Einwände sind so schwerwiegend, daß eine – von der Nuklearpropaganda unbeeinflusste, wahrheitsgemäße Information der Bevölkerung beinahe zwingend das Ende des Kernenergieausbaues (gegenwärtiger Prägung) in Österreich nach sich ziehen müßte“⁵⁴.

3. *Gefahren*

Heftig wenden sich KKWgegner⁵⁵ gegen die Behauptung, solche Kraftwerke seien

⁴⁷ W. Frank, Energiewirtschaft als gesellschaftspolitisches Problem, in: Energie und Wachstum (s. Anm. 21) 23–36, 25; vgl. P. Weinzierl, Kernenergie – eine Notwendigkeit für die nächsten Jahrzehnte, in: Kernenergie in Österreich pro und contra (s. Anm. 31) 66–80, bes. 66–70; Thema Kernenergie (s. Anm. 39) 4–16.

⁴⁸ V. Weisskopf, Einige Gedanken (s. Anm. 31) 81; vgl. P. Weinzierl, a. a. O. 66.

⁴⁹ B. Stoeckle, Mut zum Verzicht. Kernenergie als ethisches Problem, Badische Zeitung 26./27. 2. 1977: „Das Verhältnis von technischem Können und sittlichem Sollen muß neu bestimmt werden.“

⁵⁰ Vgl. H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie (s. Anm. 32) 32.

⁵¹ Abgedruckt bei G. Altner, Das Kreuz dieser Zeit. Von den Aufgaben des Christen im Streit um die Kernenergie. München 1977, 32–34.

⁵² Ebd. 34–39; vgl. 49. – Alternative Möglichkeiten (s. Anm. 13) 154: „Nur eine unabhängige Grundlagenforschung . . . kann die staatliche Forschungs- und Technologiepolitik wirkungsvoll beraten.“ Vgl. H. Büchele, a. a. O. 12.

⁵³ Eine Zusammenstellung der Fragenkreise bei E. Broda, Ist in Österreich Kernenergie annehmbar und notwendig? in: Kernenergie in Österreich pro und contra (s. Anm. 31) 7–18, 12.

⁵⁴ B. Lötsch, Kernenergie für Österreich? Beurteilung aus umweltwissenschaftlicher Sicht, in: Kernenergie pro und contra 38–65, 62. – H. Büchele, a. a. O. 14, betont, man könne die Bedenken der KKW-Gegner nicht mit dem Hinweis entkräften, daß politisch links-extreme Gruppen die Atomdiskussion für sich ausnützen wollen.

⁵⁵ So J. Dahl, Auf Gedeih und Verderb. Zur Metaphysik der Atomenergieerzeugung, Sonderdruck aus: Scheidewege 5 (1975) Heft 2.

sicher und das Risiko, das sie mit sich bringen, sei vertretbar. Es geht um die Betriebssicherheit und um die Folgeerscheinungen⁵⁶.

a) Betriebsunfälle

KKWsgegner befürchten „Störfälle mit erhöhten Radioaktivitätsfreisetzungen als unabdingbare Begleiterscheinungen des ‚Normalbetriebes‘“⁵⁷. „Die Möglichkeit von Reaktorunfällen mit katastrophalen Auswirkungen für die Bevölkerung wird nicht bestritten. Kontrovers ist aus methodischen Gründen lediglich die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten solcher Unfälle. Unberechenbar ist vor allem die Häufigkeit menschlichen Versagens“⁵⁸.

Das Bundesgesetz vom 7. Juli 1978 nennt als eine der Rücksichten bei der gesetzlich zu erteilenden Erlaubnis zur Inbetriebnahme eines KKWes die *technische Sicherheit*⁵⁹. Bei der Vollziehung des Gesetzes sei vorrangig auf die „Gesundheit und Sicherheit von Personen“ zu achten; als notwendige Maßnahme werden „die erforderlichen Alarmpläne“ genannt⁶⁰. Die Sicherungsmaßnahmen der IAEA erstrecken sich u. a. auf die Sicherheit und die Minderung der Gefahr für Leben und Eigentum⁶¹.

Der Delegierte von Nigeria meinte auf der 22. Sitzung der Generalkonferenz der IAEA, eine Tendenz zur Übertreibung der Gefahren feststellen zu können⁶². C. F. v. Weizsäcker vermutet, daß in der öffentlichen Angst vor Kernreaktoren die Atombombe psychisch eine Rolle spiele⁶³, und versichert: „Das populäre Bild eines ‚explodierenden‘, Radioaktivität verstreuernden Reaktors entspricht keinem uns als möglich bekannten Vorgang“⁶⁴. Fachleute betuern, KKWes seinen nicht sensitive, sondern robuste Anlagen⁶⁵; sie müßten schon aus wirtschaftlichen Gründen möglichst sicher gebaut werden⁶⁶. Kleinere Betriebsgebrechen würden bald entdeckt und so rasch behoben, daß niemand gefährdet werde⁶⁷. Ein *sehr schwerer Reaktorunfall*⁶⁸ könne zwar nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden, sei aber extrem unwahrscheinlich⁶⁹. Gemäß dem Rasmussen-Report, einer 1974 veröffentlichten Studie, führt der Betrieb von hundert KKWen in den USA nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung einmal in 10 Millionen Jahren zu einem Unfall, bei dem einige tausend Menschen ernsthaft zu Schaden kommen⁷⁰.

Für das KKW Zd. erhöht sich nach der Überzeugung des Geologen A. Tollmann die Unfallwahrscheinlichkeit, da das Gebiet enorm *erdbebengefährdet* sei⁷¹. Der Seismologe J. Drimmel und die Geophysiker R. Gutdeutsch und P. Steinhauser dagegen erklären Zd. für erdbebensicher⁷². C. F. v. Weizsäcker findet: „Es gibt immer noch Unfallursachen, die uns vorher nicht eingefallen waren“, und kommt zum Ergebnis: Die „Abschätzung so komplizierter Vorgänge, die noch nie jemand in der Wirklichkeit beobachtet hat“, kann „auch bei größter Sorgfalt in vielen Einzelheiten kontrovers bleiben“⁷³.

⁵⁶ Vgl. die Erklärung des schwedischen Delegierten, IAEA 1978.

⁵⁷ B. Lötsch, Kernenergie für Österreich 50.

⁵⁸ Alternative Möglichkeiten (s. Anm. 13) 150.

⁵⁹ § 1, BGBl 493/1978.

⁶⁰ § 3, ebd.

⁶¹ Satzung (s. Anm. 16) Art. XII A 2. 6; B.

⁶² Stellungnahme des Delegierten von Nigeria, IAEA 1978.

⁶³ C. F. v. Weizsäcker, Entwicklung und Deckung (s. Anm. 42) 104.

⁶⁴ C. F. v. Weizsäcker, ebd. 89; vgl. W. Frank, Energiewirtschaft als gesellschaftspolitische Dimension (s. Anm. 47) 29; V. Weisskopf, Einige Gedanken (s. Anm. 31) 81 f.

⁶⁵ W. Häfele, Kernenergie (s. Anm. 43) 34.

⁶⁶ P. Weinzierl, Kernenergie — eine Notwendigkeit (s. Anm. 47) 75; vgl. W. Häfele, a. a. O. 28; Thema Kernenergie (s. Anm. 39) 26—32.

⁶⁷ P. Weinzierl, a. a. O. 75; 78: 1945—1970 seien in militärischen Anlagen im gesamten nur 7 Beschäftigte durch Strahlungsschäden ums Leben gekommen.

⁶⁸ GAU = größter anzunehmender Unfall; vgl. Thema Kernenergie 29.

⁶⁹ P. Weinzierl, a. a. O. 81.

⁷⁰ Vgl. W. Häfele, Kernenergie (s. Anm. 43) 29; P. Weinzierl, Kernenergie — eine Notwendigkeit 75. — H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie (s. Anm. 32) 22, setzt am Rasmussen-Report aus, daß er weder menschliches Versagen noch Sabotage einbeziehe.

⁷¹ A. Tollmann, In Zd. schon gar nicht, Österr. Monatshefte 34, 10 (1978) 17. 20—22.

⁷² Wissenschaftler zu Zd., WrZ 25. 10. 1978, 2; vgl. F. Katscher, Kernenergie und Sicherheit (s. Anm. 38) 110; Thema Kernenergie 30.

⁷³ C. F. v. Weizsäcker, Entwicklung und Deckung (s. Anm. 42) 89.

b) Umweltschädigung

Das Bundesgesetz vom 7. Juli 1978 dringt bei der Inbetriebnahme von KKWen auf die *gesundheitliche Sicherheit*, auf „Gesundheit und Sicherheit von Personen wie auf den Schutz der Umwelt“ besonders hinsichtlich der Strahlenbelastung⁷⁴. Die Sicherheitsmaßnahmen der IAEA erstrecken sich auch auf den Schutz der Gesundheit⁷⁵.

Nun heißt einer der wichtigsten Einwände gegen KKWe: Es sei wissenschaftlich erwiesen, daß auch ihr Normalbetrieb „zu einer langsamen, aber unaufhaltsamen Anreicherung der Biosphäre mit Spuren radioaktiver Substanzen führen“ werde; dieser Vorgang sei zweifach irreversibel: diese *radioaktiven Substanzen* könnten nicht zurückgeholt werden, und durch sie verursachte *Erbdefekte* könnten nicht rückgängig gemacht werden⁷⁶.

A. Tollmann befürchtet von Zd. im besonderen eine *Gefährdung* der die Donau begleitenden *Grundwasserströme*⁷⁷.

Als bedenklich die Umwelt verändernd wird auch die *Erwärmung von Flüssen* durch das von KKWen benötigte und aufgeheizt abgegebene Kühlwasser bezeichnet, ebenso die regionale *Wetterbeeinflussung* durch Kühlturmfabriken⁷⁸.

Darüber hinaus geht es um eine nicht immer erfreuliche *Veränderung des Lebensraumes* durch die Folgeerscheinungen der Bereitstellung von Energie, etwa Industriesiedlungen, wachsende Städte, Zerstörung von Naturlandschaften⁷⁹.

Immer wieder wird die Befürchtung ausgesprochen, daß durch die Errichtung und den Betrieb von KKWen unsere Generation nicht nur sich selbst belastet, sondern auch *kommenden Generationen* die Lebensmöglichkeiten verdirbt⁸⁰.

Mehr und mehr wird auch gefragt, ob sich mit einem solchen Unternehmen der Mensch nicht ein Verfügen über die *nichtmenschliche Natur* anmaßt, wie es ihm nicht zusteht. Er solle die Natur benützen, nicht ausbeuten; er solle in ihr wohnen, sie nicht zerstören. Theologen und Ethiker sprechen von einer Schicksalsgemeinschaft der Natur und des Menschen, von einer Verantwortung des Menschen für die Natur⁸¹.

Ohne all diese Sorgen auf die leichte Schulter zu nehmen, meinen doch Befürworter von KKWen, sie *genügend bewältigen* zu können⁸². Zunächst zeigen sie auf, daß auch andere Arten der Gewinnung elektrischer Energie die Umwelt belasten, etwa die Verwendung fossiler Brennstoffe durch die Emission giftiger Stoffe und durch Abwärme⁸³. Im Gesamtvergleich findet man sogar, daß die Nutzung der Kern-

⁷⁴ § 3, BGBl 493/1978.

⁷⁵ Satzung (s. Anm. 16) Art. III A 6; Art. XII A 2. 6; B.

⁷⁶ B. Lötsch, Kernenergie für Österreich? (s. Anm. 54) 46; vgl. den Gemeinsamen Brief der ev. und kath. Bischöfe in Baden-Württemberg zu Fragen der Kernenergie, abgedruckt bei G. Altner, Das Kreuz dieser Zeit (s. Anm. 51) 74.

⁷⁷ A. Tollmann, In Zd. schon gar nicht (s. Anm. 71) 20.

⁷⁸ Vgl. W. Häfele, Kernenergie (s. Anm. 43) 26; Thema Kernenergie (s. Anm. 39) 24 f: geringe Aufwärmung der Donau durch Zd. (0,3 – 0,7° C).

⁷⁹ Vgl. W. Häfele, a. a. O. 26.

⁸⁰ Vgl. E. Broda, Ist in Österreich Kernenergie anwendbar und notwendig? (s. Anm. 53) 18; H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie (s. Anm. 32) 34.

⁸¹ Vgl. B. Stoedle, Christliche Verantwortung und Umweltfragen, StdZ 192 (1974) 832–844; M. Rock, Umweltprobleme aus der Sicht christlicher Sozialethik, Kath. Bildung 71 (1976) 349–354; N. Lohfink, „Macht euch die Erde untertan“? Orientierung 38 (1974) 137–142; H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie 33 f; G. Altner, Das Kreuz dieser Zeit (s. Anm. 51) 18–30; Gemeinsamer Brief der ev. und kath. Bischöfe (s. Anm. 76) 74. 76.

⁸² C. F. v. Weizsäcker, Entwicklung und Deckung (s. Anm. 42) 91: „Niemand leugnet die chemische und radioaktive Gefährdung dieser strahlenden Schwermetalle, aber man hält die Aufgabe einer adäquaten Risikosenkung für durchaus lösbar.“ – Vgl. K. Schöpf, Kernspaltungskraftwerk und Umwelt, Das Kernkraftwerk 19 (1977) 21–31.

⁸³ C. F. v. Weizsäcker, a. a. O. 86 f; vgl. W. Häfele, Kernenergie (s. Anm. 43) 32; Alternative Möglichkeiten (s. Anm. 13) 149 f.

energie „wesentlich umweltfreundlicher“ sei „als etwa die Nutzung fossiler Brennstoffe“⁸⁴.

Die *radioaktiven Emissionen* bilden nach P. Weinzierl kein ernstes Problem⁸⁵, da die durch die Strahlengesetzgebung gezogenen Toleranzgrenzen⁸⁶ so niedrig seien, daß von einer Gefährdung der Bevölkerung nicht die Rede sein könne. „Bei Normalbetrieb beträgt die zur natürlichen Strahlenbelastung hinzutretende biologisch wirksame Strahlenbelastung durch ein Kernkraftwerk weniger als 1 % dieser natürlichen Strahlenbelastung. Hingegen schwankt die natürliche Strahlenbelastung in den bewohnten Gebieten Österreichs in einem Bereich von rund 300 %“⁸⁷. B. Lötsch läßt sich dadurch allerdings nicht beruhigen; die unmittelbaren Anrainer und noch mehr das Bedienungspersonal würden weit höher belastet als die Durchschnittsbevölkerung, und auch für diese sei langfristig nicht garantiert, daß es bei „1 mrem“ bleibt; im übrigen bestehe kein Zweifel, „daß es für die krebserzeugende und erbgutschädigende Wirkung ionisierender Strahlung keine untere Grenze der Dosis gibt, unterhalb deren die Strahlung *wirkungslos* bleibt“⁸⁸.

Auch Befürworter von KKWen sehen die Pflicht, „jede Strahlenbelastung so gering wie möglich zu halten“⁸⁹ und bei der Standortwahl stärker als früher Fragen des Wasserbedarfes, der Wassererwärmung und der Raumordnung zuzulassen⁹⁰.

c) Radioaktive Rückstände

Als „das schwierigste Problem der Kernenergienutzung“ bezeichnet P. Weinzierl⁹¹ die *Aufarbeitung der Brennelemente* und die *Lagerung der Spaltprodukte*.

„Die durch die Uranspaltung erzeugten Spaltprodukte sind radioaktiv mit einem weiten Spektrum von Halbwertszeiten“ (bis zu dreißig Jahren)⁹². „Aus diesem Grund ist die sichere Endlagerung dieser Abfälle . . . über sehr lange Zeit erforderlich. Außerdem wird im Reaktorbetrieb Plutonium-239 erzeugt, das nach Abtrennung von den Spaltprodukten als zukünftiger Reaktorbrennstoff in geeigneter Form gelagert und verarbeitet werden muß. Wegen seiner Halbwertszeit von 24.000 Jahren und seiner extrem hohen Giftigkeit im Falle einer Aufnahme durch den Menschen ist seiner sicheren Lagerung und Kontrolle größtes Augenmerk zuzuwenden“⁹³. Die dem Reaktor entnommenen gebrauchten Brennstoffelemente müssen zunächst in unmittelbarer Nähe in gekühlten Tanks gelagert werden, bis ihre Aktivität so weit abgeklungen ist, daß sie zu einer der großen europäischen Aufbereitungsanlagen transportiert werden können. „Die Technologie dieser Lagerung ist erprobt und bietet kein wesentliches Problem“⁹⁴. Schwieriger als die *Zwischenlagerung* ist die *Endlagerung* des Atomabfalls, der nicht mehr verwertbaren radioaktiven Rückstände. „Das Beunruhigende an diesem Problem ist nicht die technische Lösung selbst, die man für möglich hält, sondern die Abwälzung des verbleibenden Risikos auf künftige Generationen, über etwa 1000 Jahre“⁹⁵.

Dazu kommt, daß KKWs selbst nach etwa zwanzig Betriebsjahren *ausgedient* haben. Es fragt sich, was mit ihnen geschehen soll und wer die Kosten des Abbruchs und der ständigen Bewachung und Kontrolle des radioaktiven Schrottes tragen soll.

⁸⁴ P. Weinzierl, Kernenergie — eine Notwendigkeit (s. Anm. 47) 80; V. Weisskopf, Einige Gedanken (s. Anm. 31) 82; W. Häfele, a. a. O. 27; S. Eklund, IAEA 1978.

⁸⁵ P. Weinzierl, a. a. O. 75; vgl. V. Weisskopf, a. a. O. 82; W. Häfele, a. a. O. 27.

⁸⁶ Thema Kernenergie (s. Anm. 39) 16: Strahlenschutzgesetz vom 11. 6. 1969; Strahlenschutzverordnung vom 12. 1. 1972; Vorschriften in den behördlichen Bewilligungsbescheiden.

⁸⁷ W. Frank, Energiewirtschaft als gesellschaftspolitische Dimension (s. Anm. 47) 28; vgl. Thema Kernenergie 16. — F. Katscher, Kernenergie und Sicherheit (s. Anm. 38) 79, errechnet die Erhöhung der natürlichen Strahlenbelastung durch das KKW Zld. für Zld. von 162 auf 162,011 Milli-rem.

⁸⁸ B. Lötsch, Kernenergie für Österreich? (s. Anm. 54) 53.

⁸⁹ W. Häfele, Kernenergie 28. — Für B. Lötsch, a. a. O. 53, genügt das nicht: „Die carcinogenen und mutagenen Ereignisse hören beim Übergang zu geringsten Dosen nicht auf, sie werden nur — statistisch betrachtet — immer seltener.“

⁹⁰ W. Häfele, a. a. O. 34. ⁹¹ P. Weinzierl, Kernenergie — eine Notwendigkeit (s. Anm. 47) 77.

⁹² P. Weinzierl, ebd.

⁹³ P. Weinzierl, ebd.; vgl. H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie (s. Anm. 32) 27–29; W. Häfele, Kernenergie 30; Thema Kernenergie 22–24.

⁹⁴ P. Weinzierl, Kernenergie — eine Notwendigkeit 78. — Thema Kernenergie 31: Gefährlosigkeit der Transporte radioaktiver Abfälle sichergestellt.

⁹⁵ C. F. v. Weizsäcker, Entwicklung und Deckung (s. Anm. 42) 91; vgl. W. Häfele, Kernenergie 31.

Im österreichischen Gesetz vom 7. Juli 1978 wurde als eine der notwendigen Maßnahmen die „Entsorgung von Kernkraftwerken“ genannt⁹⁶. Eben sie bildet ein Hauptanliegen der Mitgliedstaaten der IAEA und wird von ihnen und vom Sekretariat der IAEA studiert⁹⁷.

W. Frank gibt zu: „Die Methoden zur Endlagerung sind noch nicht ausgereift. Es besteht aber kein prinzipieller Grund für die Annahme, daß nicht einwandfreie Lösungen gefunden werden können — nur kostenlos werden diese Lösungen nicht sein“⁹⁸. W. Häfele fragt: „Wie sicher ist sicher genug, was darf die Sicherung kosten und wer beantwortet diese Fragen?“⁹⁹ F. Katscher versicherte, in Österreich würde das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die Betriebsbewilligung für das KKW Zd. davon abhängig machen, „daß die Kette der Entsorgungsmaßnahmen bis zur Endlagerung geschlossen oder als geschlossen anzusehen ist“¹⁰⁰. Eben diese Voraussetzung hielten verschiedene Kernkraftgegner für nicht gegeben¹⁰¹.

d) Verbrechen und kriegerische Angriffe

Atomkraftwerksgegner machen geltend, daß KKWe und das in ihnen verwendete Material verbrecherischen Akten (Diebstahl, Sabotage, Erpressung) und kriegerischen Angriffen ausgesetzt sein können und dadurch die ohnehin bestehenden Gefahren noch erhöht werden.

Seit den Veröffentlichungen von Willrich und Taylor¹⁰² ist, wie W. Häfele sagt, viel von der Gefahr der *Entwendung* spaltbaren Materials und seiner Verwendung zum Bau privater nuklearer Sprengkörper sowie von damit einhergehenden *Erpressungsversuchen* die Rede; im Fall der Explosion eines solchen „uneffizienten Sprengkörpers“ mit begrenzter Ausschüttung von Radioaktivität könnten zwar nicht Hunderttausende, aber immerhin Tausende zu Schaden kommen¹⁰³. Daß durch Einwirkung von außen ein ernstlicher Reaktorunfall herbeigeführt werden kann, hält C. F. v. Weizsäcker kaum für möglich; eher denkt er an *Sabotage* Bediensteter an heutigen KKWe, an weiterentwickelter Kerntechnik, an der Endversorgung¹⁰⁴. In der IAEA wurde in den letzten Jahren beträchtliche Aufmerksamkeit der Frage gewidmet, wie Kernmaterial vor Mißbrauch oder Atomwaffenerzeugung durch subnationale Gruppen physisch geschützt werden kann¹⁰⁵. Man baut auf strengste Sicherheitsmaßnahmen¹⁰⁶, wie sie sich in der militärischen Plutoniumherstellung und -verarbeitung bewährt haben¹⁰⁷. Gerade von sehr strengen Sicherheitsmaßnahmen fürchten manche, daß durch sie rechtsstaatliche Prinzipien verletzt und Anschläge, die aus sozialpathologischem Fehlverhalten des Bedienungspersonals entspringen, gar nicht verhindert werden können¹⁰⁸.

Kriegerische Angriffe scheinen für einen Angreifer, der das angegriffene Land besetzen will, nicht sehr sinnvoll zu sein, wenn dadurch Radioaktivität freigesetzt würde¹⁰⁹. Dennoch sind manche der Ansicht, daß die ohnehin ungünstige strategische Lage eines Landes wie der BRD durch eine größere Anzahl von nuklearen Anlagen verschlimmert würde, zumal wenn der Gegner militärische Mittel mit der Einschleusung technisch

⁹⁶ § 3, BGBl 493/1978.

⁹⁷ S. Eklund, IAEA 1978.

⁹⁸ W. Frank, Energiewirtschaft als gesellschaftspolitisches Problem (s. Anm. 47) 29; vgl. C. F. v. Weizsäcker, Entwicklung und Deckung 88. — P. Weinzierl, Kernenergie — eine Notwendigkeit 78: Endlagerung der in glasartigen oder keramischen Substanzen verfestigten Spaltprodukte z. B. in großen Salzlagertstätten.

⁹⁹ W. Häfele, Kernenergie (s. Anm. 43) 34 f.

¹⁰⁰ F. Katscher, Kernenergie und Sicherheit (s. Anm. 38) 108.

¹⁰¹ B. Lötsch, Kernenergie für Österreich? (s. Anm. 54) 50; E. Broda, Ist in Österreich Kernenergie annehmbar und notwendig? (s. Anm. 53) 15; Junge Generation SPÖ Wien (s. Anm. 12) 30.

¹⁰² M. Willrich / T. B. Taylor, Nuclear Theft: Risk and Safeguards. Cambridge (Mass.) 1974.

¹⁰³ W. Häfele, Kernenergie 31.

¹⁰⁴ C. F. v. Weizsäcker, Entwicklung und Deckung (s. Anm. 42) 92 f.

¹⁰⁵ S. Eklund, IAEA 1978.

¹⁰⁶ W. Häfele, Kernenergie (s. Anm. 43) 31; C. F. v. Weizsäcker, a. a. O.

¹⁰⁷ P. Weinzierl, Kernenergie — eine Notwendigkeit (s. Anm. 47) 78.

¹⁰⁸ Vgl. Alternative Möglichkeiten (s. Anm. 13) 151.

¹⁰⁹ W. Häfele, Kernenergie 32; C. F. v. Weizsäcker, Entwicklung und Deckung 93—95.

versierter Agenten in das Bewachungs- und das Bedienungspersonal solcher Anlagen kombinierte¹¹⁰.

e) Unerwünschte gesellschaftliche Auswirkungen

Wie schon sichtbar wurde, ist die friedliche Nutzung der Kernenergie in mehrfacher Hinsicht auch ein gesellschaftspolitisches Problem¹¹¹.

Von den Schutzmaßnahmen gegen Sabotage und Terrorismus befürchten manche das *Aufgeben rechtsstaatlicher Prinzipien*¹¹². „Eine starke Forcierung der Kernenergie bedeutet eine Durchsetzung des Landes mit scharf bewachten Komplexen, mit militärischen Kontrollen, was zu einer Entwicklung in Richtung auf einen Polizeistaat führen muß“¹¹³. Die Delegation des Hl. Stuhles findet: „Das Anwachsen der Kernenergie fordert nicht automatisch die Schaffung eines Polizeistaates, doch ist es schon problematisch genug, daß wir alle mit dieser Möglichkeit rechnen müssen“¹¹⁴. Um des Schutzes der Grundrechte der Bürger willen fordern manche den Verzicht auf die großtechnische Nutzung der Kernenergie¹¹⁵.

Zu fürchten ist, daß durch die Entwicklung der Kernenergie *wirtschaftliche und soziale Krisen* herbeigeführt werden.

„Der technische Fortschritt vermindert . . . langfristig zwangsläufig die Nachfrage nach industrieller Arbeitskraft in der bisher üblichen Form“¹¹⁶. H. Büchele spricht von einem „Hinausrationalisieren von Arbeitskräften“ durch den steigenden Energieverbrauch¹¹⁷. „An der Kernenergiefrage kann sich zeigen, daß eine gesellschaftliche Ordnung zum Wohle der Menschheit nicht mehr entwickelbar ist, wenn wir heute die Ordnung der Dinge durch ökonomische, technische und politische Sachzwänge und Eigengesetzlichkeiten als unverrückbare Herrschaft etablieren, der unsere Nachkommen bis in die ferne Zukunft dienstbar zu sein haben“¹¹⁸. C. F. v. Weizsäcker ist der Auffassung, wirtschaftliche und soziale Krisen könnten trotz technischen Fortschrittes vermieden werden, allerdings nur durch bestimmte Umstellungen: durch bewußten Übergang von energieverarbeitender zu informationsverarbeitender Beschäftigung und von der Güterproduktion zu Dienstleistungen, durch vernünftige Verteilung der dem technischen Fortschritt verdankten Freizeit, durch Unterstützung der Verlagerung des Wirtschaftswachstums in die Dritte Welt¹¹⁹.

Es geht also auch um einen gesellschaftlichen *Systemwandel*¹²⁰. Die Junge Generation SPÖ Wien gibt dem einen ideologischen Akzent. Neben vielen Gründen für die Ablehnung, die sie mit anderen Kernkraftgegnern gemeinsam hat, führt sie an: die Lösung von Beschäftigungs- und Wachstumsproblemen erfordere „rationales Planen und Eingreifen in den chaotischen kapitalistischen Wirtschaftsprozess“¹²¹. „Atomtechnologie hingegen zementiert das bestehende Wirtschaftssystem und seine für Menschen und Umwelt schädliche Entwicklung“¹²². „Sozialisten können die politischen Folgen einer Nutzung von Atomkraft zur Stromerzeugung nicht akzeptieren. Die Bedrohung demokratischer Grundrechte und die Verunmöglichung jeder Demokratisie-

¹¹⁰ Alternative Möglichkeiten 151.

¹¹¹ Vgl. W. Frank, Energiewirtschaft als gesellschaftspolitisches Problem (s. Anm. 47); F. Staudinger, KKWe — ein gesellschaftspolitisches Problem, Das Kernkraftwerk 19 (1977) 15–21.

¹¹² Alternative Möglichkeiten 151.

¹¹³ Aus der Diskussion nach dem Vortrag von W. Frank in: Energie und Wachstum (s. Anm. 47) 40.

¹¹⁴ H. J. Abs, Atomenergie für friedliche Zwecke (s. Anm. 34) 9.

¹¹⁵ Vgl. Alternative Möglichkeiten 154. — Der französische Delegierte, IAEA 1978, meint allerdings, auch in einer Mangelgesellschaft könnten individuelle und kollektive Freiheiten schwer gewahrt werden.

¹¹⁶ C. F. v. Weizsäcker, Entwicklung und Deckung (s. Anm. 42) 105; vgl. Alternative Möglichkeiten 150.

¹¹⁷ H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie (s. Anm. 32) 17.

¹¹⁸ H. Büchele, ebd. 36.

¹¹⁹ C. F. v. Weizsäcker, Entwicklung und Deckung 105.

¹²⁰ Vgl. die Diskussion nach dem Vortrag von W. Frank in: Energie und Wachstum (s. Anm. 47) 41.

¹²¹ Junge Generation SPÖ Wien (s. Anm. 12) 21.

¹²² Ebd. 22.

rung von Wirtschaft und Gesellschaft sind mit sozialistischen Vorstellungen unvereinbar¹²³.

f) Atomwaffen

Ein Hauptproblem der Verbreitung atomarer Technologien liegt darin, daß damit auch die Gefahr der *Herstellung von Atomwaffen* wächst¹²⁴. Das im Reaktorbetrieb erzeugte Plutonium-239 ist als leicht spaltbares Material zur Bombenherstellung geeignet, wenn auch wegen seiner Verunreinigung mit Plutonium-240 mit größeren Schwierigkeiten als eigens für militärische Zwecke erzeugtes Material¹²⁵.

S. Eklund¹²⁶ weiß, daß viele die friedliche Nutzung der Atomenergie ablehnen, weil sie sie bewußt oder unbewußt mit der Erzeugung von Atomwaffen verbinden. Bisher seien in keinem Fall Anlagen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zur Entwicklung von Atomwaffen verwendet worden. Atomwaffen seien von 1945 bis 1954 durch 3 Länder entwickelt worden, von 1955 bis 1964 durch 2 weitere, von 1965 bis 1974 durch 1 weiteres; von 1955 bis 1974 sei aber die Kernenergiekapazität in 19 Ländern von 5 MW auf 54.000 MW gestiegen; zwischen beiden Entwicklungen bestehe kein Zusammenhang. Wie Eklund sagt, verlangen die meisten Länder, die spaltbares Material liefern, von den Empfängern, daß diese dem *Atomsperrvertrag* (Non Proliferation Treaty = NPT) beitreten oder sich den Sicherheitsmaßnahmen der IAEA unterwerfen. Manche Länder legen den Empfängern zusätzliche Sicherheitsbedingungen auf. Dem NPT sind bis 1978 104 Staaten beigetreten¹²⁷. Der IAEA kommt die Aufgabe zu, seine Einhaltung zu überwachen und darüber hinaus zu sorgen, daß die von ihr geleistete Hilfe nicht zur Förderung militärischer Zwecke benützt wird¹²⁸, sowie entsprechende Kontrollen durchzuführen¹²⁹. Erfreulicherweise kann die IAEA fast alle bedeutenden Atomanlagen auch der Staaten, die dem Vertrag nicht beigetreten sind, kontrollieren¹³⁰.

S. Eklund ist überzeugt, daß die wirkliche Gefahr nicht von den Anlagen zur friedlichen Verwendung von Atomenergie droht, sondern von den bestehenden und ständig wachsenden *Atomwaffenarsenalen*. Es handle sich um ein politisches Problem, das mit politischen Mitteln gelöst werden müsse¹³¹. Nicht unbegründet sind die auf den Sitzungen der IAEA lautgewordenen Klagen über die Erfolglosigkeit der bisherigen Bemühungen um Abrüstung und den noch immer währenden Rüstungswettlauf¹³².

4. Umstrittene Notwendigkeit

Die Errichtung von KKWen wird mit deren Notwendigkeit für die Energieversorgung begründet. KKWgegner bestreiten diese Notwendigkeit¹³³.

a) Haushalten

Sie sind der Meinung, daß man auf KKWen mit all ihren Gefahren verzichten könnte, wenn man mit der jetzt schon verfügbaren Energie sparsamer und sinnvoller

¹²³ Ebd. 25.

¹²⁴ Vgl. H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie 29 f; Alternative Möglichkeiten 151.

¹²⁵ P. Weinzierl, Kernenergie — eine Notwendigkeit (s. Anm. 47) 77. — M. Pecqueur, französischer Delegierter, IAEA 1978: Verzicht auf friedliche Atomenergienutzung verhindert noch nicht Atomwaffen, da diese anders rascher und billiger erzeugt werden können.

¹²⁶ IAEA 1978.

¹²⁷ S. Eklund, IAEA 1978. — W. Frank, Energiewirtschaft als gesellschaftspolitisches Problem (s. Anm. 47) 29: Nicht alle wichtigen Länder sind beigetreten.

¹²⁸ Satzung (s. Anm. 16) Art. III A 5.

¹²⁹ Satzungen (s. Anm. 16) Art. III B 2; Art. XII A 1. 5. 6.

¹³⁰ Nach dem Urteil von W. Frank, a. a. O. 30, reichen die Kontrollmaßnahmen nicht aus; es handle sich um eine Lebensfrage der ganzen menschlichen Gesellschaft.

¹³¹ Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit unterstreicht der Delegierte der USA, IAEA 1978. — Vgl. die Symposien: Mögliche Wege zu einem allgemeinen Verbot der Entwicklung der Produktion neuer Typen von Massenvernichtungswaffen, Wien, 27.—28. 1. 1978, Wissenschaft und Frieden 2/78, Wien 1978; Probleme der Abrüstung aus der Position verschiedener Weltanschauungen, Kischinew 24.—27. 4. 1978, Wissenschaft und Frieden 3/78, Wien 1978; ferner S. Pöllinger, Bericht über das internationale Seminar „Kernenergie und Wettrüsten“, Wien 6.—8. 2. 1978, WrbIF 17 (1978) 29—32.

¹³² IAEA 1977 und 1978.

¹³³ B. Löttsch, Kernenergie für Österreich? (s. Anm. 54) 62: Kernenergieausbau für Österreich „weder notwendig noch wünschenswert“.

umginge¹³⁴. C. F. v. Weizsäcker nimmt das Argument ernst¹³⁵ und fordert: „Gedankenlosen Umgang mit Energie durch intelligenten ersetzen“¹³⁶ und: „Energiesparende Techniken sollten die erste Förderungspriorität erhalten“¹³⁷. Von solcher Umstellung erwartet man sich die Sicherung von Arbeitsplätzen und damit die Vermeidung von sozialen Krisen¹³⁸.

Freilich darf das Bedenken von S. Eklund nicht übersehen werden: Das Wunschdenken von „angepaßten, weichen oder mittleren Technologien“ würde dazu führen, daß entwickelte Länder sich mit einem Nullwachstum begnügen und die Vorteile der erreichten Industrialisierung genießen könnten, während die Entwicklungsländer auf Windmühlen angewiesen blieben¹³⁹. C. F. v. Weizsäcker kommt zum Schluß: „Alle Argumente sprechen dafür, jedenfalls so viel Energie zu sparen als möglich ist. Die Frage ist nur, wie weit man damit kommen kann“¹⁴⁰.

b) Alternativen zu KKWen

Über die Forderung sparsamer und rationeller Verwendung verfügbarer Energie hinaus schlagen KKWgegner vor, aus traditionellen Energiequellen mehr herauszuholen und *alternative neue Möglichkeiten* zu entwickeln und zu nutzen. Von der Auswertung des Windes, der Meeresströmungen und der Gezeiten ist wohl nicht allzu viel zu hoffen¹⁴¹; Erdwärme, Sonnenstrahlung und Kernfusion aber bieten gute Erfolgsaussichten¹⁴². Die Entwicklung dieser Alternativen fordert allerdings hohen Kapitaleinsatz und daher Konsumverzicht¹⁴³; nach dem heutigen Stand bieten sie der Kernspaltung noch kein genügendes Gegengewicht¹⁴⁴.

Ob, abgesehen von der Nutzung heißer Quellen, die *Wärme tiefer Schichten der Erde* nutzbar in Energie umgesetzt werden kann, ist erst zu erforschen. Jedenfalls erfordert dies eine lange Entwicklung und einen hohen Investitionsaufwand. Wegen der verhältnismäßig niederen Temperatur ist keine hochwertige Energie zu erwarten; sie hat eher lokale und regionale, nicht globale Bedeutung. Derzeit kann nicht eingeschätzt werden, wann sie wirtschaftlich wettbewerbsfähig wird¹⁴⁵.

¹³⁴ E. F. Schumacher, Es geht auch anders — jenseits des Wachstums, in: *Energie und Wachstum* (s. Anm. 47) 11–21, 19, bezeichnet es als Schwäche der technologischen Entwicklung der letzten 30 Jahre, daß alles zu groß, zu kompliziert, zu kapitalteuer, zu gewalttätig werde; der Akzent sei von der Quantität auf die Qualität zu verlagern. Vgl. E. F. Schumacher, *Es geht auch anders. Jenseits des Wachstums. Technik und Wirtschaft nach Menschenmaß*. München 1974.

¹³⁵ C. F. v. Weizsäcker, *Entwicklung und Deckung* (s. Anm. 42) 106; vgl. B. Lötsch, a. a. O. 45.

¹³⁶ C. F. v. Weizsäcker, a. a. O. 101; vgl. *Alternative Möglichkeiten* (s. Anm. 13) 153 f. — Der Gemeinsame Brief der ev. und kath. Bischöfe in Baden-Württemberg, abgedruckt bei G. Altner, *Das Kreuz dieser Zeit* (s. Anm. 51), 75 f, fordert ein neues Energiebewußtsein, nämlich verantwortungsbewußtes Umgehen mit Energie und ihre rationelle Verwendung.

¹³⁷ C. F. v. Weizsäcker, a. a. O. 102; vgl. W. Frank, *Energiewirtschaft als gesellschaftspolitisches Problem* (s. Anm. 47) 33 und die anschließende Diskussion ebd. 41. 46–48.

¹³⁸ Vgl. H. Büchele, *Zur Ethik der Atomenergie* (s. Anm. 32) 17; *Junge Generation SPÖ* Wien (s. Anm. 12) 16. 21.

¹³⁹ S. Eklund, IAEA 1978.

¹⁴⁰ C. F. v. Weizsäcker, *Entwicklung und Deckung* 98.

¹⁴¹ Vgl. Thema *Kernenergie* (s. Anm. 39) 34.

¹⁴² W. Häfele, *Kernenergie* (s. Anm. 43) 35: „Man setze sich mit der Erwartung auseinander, daß nur ein Miteinander von Kohle, Kernenergie und gegebenenfalls Sonnenenergie das Energieproblem für Europa langfristig zu lösen in der Lage sein dürfte.“ — Vgl. Thema *Kernenergie* 32–34; österr. energieforschungskonzept (s. Anm. 38) 37–41; E. Broda, *Ist in Österreich Kernenergie annehmbar und notwendig?* (s. Anm. 53) 15 f; *Alternative Möglichkeiten* (s. Anm. 13).

¹⁴³ W. Häfele, a. a. O. 32.

¹⁴⁴ Vgl. F. Schiller, *Atomkraft. Ja oder nein aus medizinischer Sicht*, *Österr. Ärztezeitung* 32 (1977) 932–934.

¹⁴⁵ W. Frank, *Energiewirtschaft als gesellschaftspolitisches Problem* (s. Anm. 47) 27; W. Häfele, a. a. O. 22; P. Weinzierl, *Kernenergie — eine Notwendigkeit* (s. Anm. 47) 72; C. F. v. Weizsäcker, *Entwicklung und Deckung* (s. Anm. 42) 96; Thema *Kernenergie* 34.

Sonnenstrahlung ist „auch vom Standpunkt ihrer Umsetzbarkeit eine hochwertige Energieform. Der großtechnischen Ausnutzbarkeit steht jedoch die sehr geringe Leistungsdichte entgegen, sowie die durch den Tagesrhythmus, durch die Wetterbedingungen und die Jahreszeiten hervorgerufenen Schwankungen des Einstrahlungsdargebotes“. Daher erfordert sie ausgedehnte Anlagen, auch zur Speicherung von Energie (hohe Investitionen, teure Instandhaltung). Selbst für Zwecke der Heizung und der Raumklimatisierung ist sie gegenwärtig noch nicht konkurrenzfähig¹⁴⁶. Erzeugung von elektrischem Strom wäre heute bereits realisierbar, aber viel zu teuer; vor dem Jahr 2000 sind keine wesentlichen Erträge zu erwarten¹⁴⁷.

Hoffnungen¹⁴⁸ setzt man auch auf KKWe, die nicht die Kernspaltung, sondern die Kernfusion nutzen¹⁴⁹. Auch hier entsteht Radioaktivität, aber weitaus weniger und kurzlebiger als bei der Spaltung¹⁵⁰. „Die technologischen Schwierigkeiten und damit auch die Kosten einer energieliefernden Fusionsanlage scheinen jedoch derzeit so enorm, daß man mit Recht daran zweifeln kann, ob diese Energiequelle im Lauf des 21. Jh. in wirtschaftlich vertretbarer Weise zur Energieversorgung beitragen kann“¹⁵¹. C. F. v. Weizsäcker ist der Ansicht, man solle so planen, daß man auf Kernfusion nicht angewiesen sei, sich aber auch dieser Option nicht berauben¹⁵².

5. Bezweifelte Wirtschaftlichkeit

Zugunsten der KKWe wird geltend gemacht, daß sie elektrischen Strom verhältnismäßig billig liefern und einem Land wie Österreich den Import von Strom und fossilen Brennstoffen ersparen. Nach dem Bundesgesetz vom 7. Juli 1978 wäre für die gesetzliche Erteilung der Erlaubnis zur Inbetriebnahme eines KKWe die gesamtstaatliche, volkswirtschaftliche und energiepolitische Sicht Kriterium¹⁵³.

W. Häfele ist der Ansicht, unter Berücksichtigung aller Kosten (auch der sozialen, d. h. der Anstrengungen, die die Gesellschaft im Umgang mit Kernenergie auf sich nehmen müsse) habe Kernenergie schon vor der Ölkrise 1973 die Wirtschaftlichkeit erreicht¹⁵⁴. Nach S. Eklund haben die steigenden Preise von Öl und anderen Brennstoffen Atomanlagen noch ökonomischer gemacht¹⁵⁵. Andere dagegen meinen, daß für die Berechnung der Wirtschaftlichkeit der Kernenergie verlässliche Daten fehlen; die Kostenentwicklung verlaufe ungünstiger, als zunächst angenommen worden sei und heute noch behauptet werde¹⁵⁶. H. Büchele hält die Nichtinbetriebnahme von Zd. für wirtschaftlicher¹⁵⁷.

Gegen das Argument, KKWe machten ein Land wie Österreich importunabhängig, wird ins Treffen geführt, Österreich gerate dadurch in eine neue Abhängigkeit, nämlich von Uranlieferländern, Anreicherungsmonopolen, ausländischer Zulieferungsindustrie für den KKWbau, Aufbereitungsindustrie, Lagerungsstätten für radioaktiven Abfall¹⁵⁸.

¹⁴⁶ W. Frank, a. a. O. 27; P. Weinzierl, a. a. O. 71; W. Häfele, a. a. O. 22; C. F. v. Weizsäcker, a. a. O. 97. — Vgl. G. Bruckmann, Nisi vis bellum, para pacem! WrBf 9/10 (1976) 4–15, 13 f; G. Bruckmann, Sonnenkraft statt Atomenergie. Wien 1978.

¹⁴⁷ P. Weinzierl, a. a. O. 71; C. F. v. Weizsäcker, a. a. O. 98.

¹⁴⁸ Vgl. W. Frank, a. a. O. 26.

¹⁴⁹ Vgl. Thema Kernenergie 33.

¹⁵⁰ P. Weinzierl, a. a. O. 71; C. F. v. Weizsäcker, a. a. O. 97; W. Häfele, a. a. O. 22.

¹⁵¹ P. Weinzierl, a. a. O. 77; vgl. F. C. v. Weizsäcker, a. a. O. 97.

¹⁵² C. F. v. Weizsäcker, a. a. O. 97.

¹⁵³ § 1, BGBl 493/1978.

¹⁵⁴ W. Häfele, a. a. O. 32 f; vgl. Thema Kernenergie 12–16.

¹⁵⁵ S. Eklund, IAEA 1978.

¹⁵⁶ Alternative Möglichkeiten (s. Anm. 13) 149.

¹⁵⁷ H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie (s. Anm. 32) 19, 21; vgl. Alternative Möglichkeiten 150.

¹⁵⁸ B. Lötsch, Kernenergie für Österreich? (s. Anm. 54) 44. — Alternative Möglichkeiten 149: Importabhängigkeit der BRD; 151 f: Abhängigkeit der Länder der Dritten und der Vierten Welt.

6. Bedenkliche Wachstumsideologie

Von verschiedenen Seiten wird gegen KKWe ins Treffen geführt, daß sie Exponenten einer bedenklichen *Konsum-, Wachstums- und Fortschrittsideologie* seien, die den Menschen um seine wahre Selbstverwirklichung zu bringen drohe¹⁵⁹.

In einem Denken, für das das Glück der Menschheit im wesentlichen von der Erringung und der Steigerung materiellen Wohlstandes abhängt, spielt das Wirtschaftswachstum, das wieder wesentlich vom Energieverbrauch bestimmt wird, die beherrschende Rolle. Eben darin wird der Fortschritt erblickt, auf den Wirtschaft und Technik auszurichten sind; alles, was sich in dieser Richtung als machbar herausstelle, solle auch getan werden.

Aber abgesehen davon, daß sich der Mensch mit einem derart einseitig verstandenen Fortschritt und mit einem solchen Wachstum seinen Lebensraum zu verderben droht, vernachlässigt er auch Dinge, die für seine Selbstverwirklichung nicht minder wesentlich oder noch wichtiger sind¹⁶⁰. So erweisen sich *neue Denk- und Verhaltensformen* als notwendig¹⁶¹, eine kritischere Haltung gegenüber dem Wirtschaftswachstum und dem technisch Machbaren, nötigenfalls um anderer Werte willen auch der *Verzicht* auf die Erhöhung materiellen Wohlstandes.

III. Aufgaben der Kirche und der Theologen

Hilfe zu solchem Umdenken und zu solcher Umstellung erwartet man sich von Kirche und Theologie¹⁶², und diese selbst sehen darin ihre Aufgabe.

1. Zuständigkeit

Die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie ist eben nicht nur eine Frage der Naturwissenschaften und der Technik, sondern eine umfassende menschliche Frage mit bedeutenden *ethischen Implikationen*, die im Interesse des Menschen sogar vorrangige Beachtung beanspruchen können¹⁶³. Es geht um das Gesamtschicksal des Menschen und der Menschheit, für das sich *Kirche und Theologie mitverantwortlich* halten und für das man sie mitverantwortlich macht¹⁶⁴. Nach H. Büchele gehört die Kirche zu

¹⁵⁹ Junge Generation SPÖ Wien (s. Anm. 12) 22: „Teufelskreis“ quantitatives Wachstum und Umwelt; 3: durch KKWe Verfestigung von Strukturen, denen es immer weniger gelingt, die Bedürfnisse des Menschen wirklich zu befriedigen.

¹⁶⁰ Vgl. die Kritik am einseitigen naturwissenschaftlich-technisch-wirtschaftlichen Fortschrittsdenken in Veröffentlichungen wie D. Meadows, *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart 1972; D. Meadows / D. H. Meadows, *Das globale Gleichgewicht. Modellstudien zur Wachstumskrise*. Stuttgart 1974; H. Lübke, *Fortschritt als Orientierungsproblem. Aufklärung in der Gegenwart*. Freiburg 1975; M. Horkheimer, *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*. Frankfurt 1967; M. Horkheimer, *Die Sehnsucht nach dem ganz anderen*. Frankfurt 1970; H. Staudinger / M. Horkheimer, *Humanität und Religion. Briefwechsel und Gespräch*. Würzburg 1974; C. F. v. Weizsäcker, *Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie*. München 1978.

¹⁶¹ Vgl. *Alternative Möglichkeiten* 153.

¹⁶² H. J. Abs, *Atomenergie für friedliche Zwecke* (s. Anm. 34) 9: „Oft genug wurde an die katholische Kirche appelliert, sich zu dieser Frage zu äußern.“ — Vgl. G. Altner, *Atomenergie — Herausforderung an die Kirchen, Neukirchen* - Vluyn 1977.

¹⁶³ H. J. Abs, a. a. O.: „Die friedliche Nutzung von Kernenergie entbindet uns nicht schon von selbst von unserer Verpflichtung, sorgfältig die sozialen, kulturellen und damit auch moralischen und ethischen Aspekte dieser Entwicklung zu prüfen.“ — Vgl. H. Büchele, *Zur Ethik der Atomenergie* (s. Anm. 32) 11; B. Stoëckle, *Christliche Verantwortung und Umweltfragen*, *StdZ* 192 (1974) 839; F. Lombardi, *Energia nucleare problema morale*, *CivCatt* 129, I (1978) 220–229, 427–440, bes. 220–229.

¹⁶⁴ Dem Vorwurf des sozialistischen Bundesrates R. Gmoser, die Kirche lasse sich in der Atomfrage parteipolitisch mißbrauchen, entgegnete E. Ploier, es handle sich um keine parteipolitische, sondern um eine Sachfrage, um ethische Fragestellungen, die nicht nur

den wenigen Instanzen, „die in der Lage sind, eine kurzfristig erfolversprechende, aber langfristig gefährliche Entwicklung zu verhindern und diese notwendigen Weichenstellungen einzuleiten... Die Kirche wird ihrer Sendung nur dann treu sein können, wenn sie ‚das Gewissen der Freiheit und Gerechtigkeit in einer von Sonderinteressen beherrschten Gesellschaft‘ bleibt“¹⁶⁵. Kirche und Theologie nehmen diese ihre Aufgabe zunehmend wahr¹⁶⁶.

Freilich vermögen sie für sich allein diese Aufgabe nicht zu erfüllen. Sie sind auf die *Information* angewiesen, die sie von Fachleuten verschiedener Gebiete entgegennehmen, und müssen darauf drängen, daß die Fachleute ihnen alle bedeutsamen Forschungsergebnisse in dieser Frage redlich vermitteln. Erst auf Grund solcher Information können sie versuchen, die Grundlinien für ein sittlich richtiges Verhalten in dieser Sache aufzuzeigen. Wie H. J. Abs erklärt, hat die Kirche keine besondere Sendung auf rein technischem Gebiet. „Da diese Fragen aber weitreichende Auswirkungen auf gesellschaftlichem und moralischem Gebiet haben, fällt es doch in die Verantwortlichkeit der Kirche, solche Fragen ethischer Art zu beleuchten, damit die Grundwerte von Mensch und Gesellschaft nicht zu kurz kommen“¹⁶⁷.

Gründliche Information müssen Kirche und Theologie auch für jene fordern, die in einer so schwerwiegenden Frage entscheiden sollen. Wohl sind dies in erster Linie die Verantwortlichen an den Schalthebeln des gesellschaftlichen Lebens. Da aber von der friedlichen Nutzung der Kernenergie die Allgemeinheit schicksalhaft betroffen wird, soll auch die Allgemeinheit mitentscheiden können; zu *verantwortbarer Entscheidung* aber bedarf sie der *Information*¹⁶⁸. Für die Fachleute folgt daraus die Pflicht umfassender wahrheitsgetreuer Information¹⁶⁹.

2. Abwägen

Die Wissenschaft hat neue Möglichkeiten der Energiegewinnung entdeckt, die Technik macht sie nutzbar. Damit sind aber viele Wenn und Aber verbunden. Den erhofften *Vorteilen* stehen zu befürchtende *Nachteile* gegenüber. Vor den Entschei-

die gegenwärtige, sondern viele zukünftige Generationen betreffen; Kathpress 2. 11. 1978, 1.

¹⁶⁵ H. Büchele, a. a. O. 37 f; vgl. Alternative Möglichkeiten (s. Anm. 13) 155. — G. Altner, Atomenergie 298; Sozioökologische Ausweitung der Sozialethik und der Seelsorge ist unverzichtbare Aufgabe von Theologie und Kirche.

¹⁶⁶ Eine Auswahl von kirchlichen Stellungnahmen und Arbeiten von Theologen: Erklärung der Delegation des Hl. Stuhles, IAEA 1978 (s. Anm. 34); Österr. Bischofskonferenz, Stellungnahme zur Frage der Atomenergie, Kathpress 11. 11. 1977, 2 f; J. Kard. Döpfner, Zur Zukunft der Menschheit und den Bedingungen für ein künftiges menschenwürdiges Leben, 24. 9. 1974, hg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz Bonn; Gemeinsamer Brief der ev. und kath. Bischöfe in Baden-Württemberg, 15. 2. 1977 (s. Anm. 76); Weltrat der Kirchen, Problempapier auf der Kernenergiekonferenz der IAEA Salzburg, 9. 5. 1977; *World Council of Churches*, Energy for my Neighbour. Geneve 1978; G. Altner, Das Kreuz dieser Zeit (s. Anm. 51); G. Altner, Atomenergie — Herausforderung an die Kirchen (s. Anm. 162); H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie (s. Anm. 32); F. Lombardi, Energia nucleare problema morale (s. Anm. 163); M. Rock, Umweltprobleme aus der Sicht christlicher Sozialethik (s. Anm. 81); B. Stoeckle, Christliche Verantwortung und Umweltfragen (s. Anm. 81); B. Stoeckle, Mut zum Verzicht (s. Anm. 49).

¹⁶⁷ Atomenergie für friedliche Zwecke, IAEA 1978 (s. Anm. 34) 9; vgl. 2. Vat. Konzil, Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ 43; K. Demmer, Weisungskompetenz des kirchlichen Lehramtes im Licht der spezifischen Perspektivierung neutestamentlicher Sittlichkeit, bei K. Demmer / B. Schüller, Christlich glauben und handeln. Düsseldorf 1977, 124–144.

¹⁶⁸ Vgl. H. J. Abs, Atomenergie für friedliche Zwecke 9; G. Altner, Atomenergie 299; F. Lombardi, Energia nucleare 223; Stellungnahme der österr. Bischöfe, Kathpress 11. 11. 1977, 2; Gemeinsamer Brief der ev. und kath. Bischöfe in Baden-Württemberg 76.

¹⁶⁹ J. Kard. Döpfner, Zur Zukunft der Menschheit 16: „Werden diese Probleme richtig gesehen?“ — B. Stoeckle, Mut zum Verzicht, fordert Besinnung auf das Gebot der Wahrhaftigkeit.

dungen müssen beide *sorgfältig gegeneinander abgewogen* werden. Kirchliche Amtsträger und Moralthologen weisen darauf hin, daß sich das Ja zu KKWe nur verantworten läßt, wenn man die mit ihnen verbundenen *Gefahren* (nach Quantität und Qualität und Wahrscheinlichkeit des Eintrittes) genügend kennt und wenn man sie wenigstens so klein halten kann, daß sie *vom Nutzen*, den die KKWe bringen, eindeutig *überwogen* werden¹⁷⁰. Wer ein Überwiegen der Gefahren nicht ausschließen kann, tut gut daran, nicht zuzustimmen¹⁷¹.

Jede verantwortbare Entscheidung in dieser Sache kann nur auf Grund einer Abwägung der Argumente dafür und dagegen und kaum durch völlige Entkräftung aller Gründe einer Seite zustandekommen. Die Entscheidung dafür kann also nur getroffen werden, obwohl auch Gründe dagegen sprechen, und ebenso die Entscheidung dagegen, obwohl auch Gründe dafür sprechen. Beim Abwägen kann es geschehen, daß zwei gleich gewissenhafte Leute zu verschiedenen Ergebnissen kommen. Man darf Anhängern einer Entscheidung, die der eigenen widerspricht, nicht die *Achtung* versagen, wenn sie zu ihrer Auffassung auf Grund gewissenhafter Überlegung gekommen sind¹⁷².

Auch der Fall kann eintreten, daß man die eigene Entscheidung später als nicht haltbar erkennt, entweder weil man die Dinge besser sehen gelernt hat oder weil die Sache selbst (die Verfahren zur Nutzung der Kernenergie, die Schutzmaßnahmen) sich geändert hat; es kann daher vertretbar oder erforderlich sein, eine frühere Stellungnahme in ihr Gegenteil zu verwandeln. Man kann sogar von einer Pflicht sprechen, einmal *getroffene Entscheidungen* ständig auf ihre Haltbarkeit zu *überprüfen*¹⁷³. Im besonderen ist immer wieder zu fragen, ob nicht durch neu entwickelte Techniken dieselben Vorteile unter günstigeren Bedingungen erreicht werden können als durch KKWe¹⁷⁴. Auf jeden Fall ist *Gewalt* zur sachrichtigen Lösung einer so heiklen Frage ungeeignet und soll daher in den Auseinandersetzungen vermieden werden¹⁷⁵.

¹⁷⁰ Vgl. Stellungnahme der österr. Bischöfe 2; F. Lombardi, *Energia nucleare* 427 f. — Nach P. Weinzierl, Kernenergie — eine Notwendigkeit (s. Anm. 47) 80, liegen die Gefährdungen „innerhalb dessen, was in unserer technischen Zivilisation seit langem akzeptiert wird“; ähnlich C. F. v. Weizsäcker, *Entwicklung und Deckung* (s. Anm. 42) 104; W. Frank, *Energiewirtschaft als gesellschaftspolitisches Problem* (s. Anm. 47) 29. — Nach H. Büchele, *Zur Ethik der Atomenergie* 15, stehen den kurzfristig zu erwartenden Vorteilen langfristig mögliche Nachteile und Gefahren gegenüber; angesichts des denkbaren Schadens fordert er absolute Sicherheit (34). — Die ev. und die kath. Bischöfe in Baden-Württemberg stellen in ihrem gemeinsamen Brief 76 fest, daß die vorliegenden Fachgutachten nicht übereinstimmen, und bitten ihre Gemeinden, nüchtern zu bleiben gegenüber jeder Schwarzmalerei, als ob eine Atomkatastrophe unvermeidlich sei oder als ob ohne Kernenergie die Lichter ausgehen müßten. — H. Büchele, a. a. O. 14, meint, daß angesichts der Divergenzen der Fachleute eine Inbetriebnahme von KKWe verantwortungslos wäre.

¹⁷¹ Man muß also jene teleologischen Erwägungen und jene Güterabwägung anstellen, die bei heutigen Moralthologen viel gelten; vgl. B. Schüller, *Die Begründung sittlicher Urteile*. Düsseldorf 1973; F. Böckle, *Fundamentalmoral*. München 1977, 306–315. — Allerdings hat die Ethik zur sittlichen Bewertung einer Handlung seit jeher gefragt, was dabei herauskommt; vgl. H. Weber, *Historisches zum Utilitarismus*, bei K. Demmer / B. Schüller, *Christlich glauben und handeln*, 223–242.

¹⁷² Vgl. Stellungnahme der österr. Bischöfe 2. — W. Häfele, *Kernenergie* (s. Anm. 43) 23: „Die legitime Frage . . . heißt . . . : Was sind die Alternativen für die Kernenergie und was ist das kleinste Übel?“

¹⁷³ Die ev. und die kath. Bischöfe in Baden-Württemberg fordern in ihrem gemeinsamen Brief 76 mehr Selbstkritik. — Es fragt sich, ob es klug war, die friedliche Nutzung der Kernspaltung in Österreich für alle Zukunft durch Bundesgesetz (BGBl 676/1978) auszuschließen.

¹⁷⁴ Stellungnahme der österr. Bischöfe 3: „Wissenschaftler und Techniker müssen sich dessen bewußt sein, wieviel von ihrer wissenschaftlichen Erarbeitung und Verwirklichung für das Zustandekommen sachgerechter und ethisch verantwortbarer Lösungen abhängt.“ — Vgl. F. Lombardi, *Energia nucleare* 434–437.

¹⁷⁵ Gemeinsamer Brief der ev. und kath. Bischöfe in Baden-Württemberg 75: „Wer Gewalt übt, öffnet dem Chaos Tür und Tor“. — Vgl. Stellungnahme der österr. Bischöfe 2; H. Büchele, *Zur Ethik der Kernenergie* 36; F. Lombardi, a. a. O. 224; G. Altner, *Atomenergie — Herausforderung* (s. Anm. 162) 219–295; *Gewaltfreie Aktion* 9/1977, 10/1978.

3. Menschenbild

Um nach Abwägung der Für und Wider zu einer verantwortbaren Entscheidung kommen zu können, muß man eine Ahnung von dem haben, wohin die technischen und die wirtschaftlichen Unternehmungen des Menschen führen sollen und wo ihre Grenzen liegen¹⁷⁶. Naturschützer sehen die Erhaltung der Natur als Ziel; andere mögen sich auf das Funktionieren der Gesellschaft oder auf die so oder so verstandene Selbstverwirklichung des Menschen ausrichten. Kirche und Theologen müssen nach dem *Menschenbild* fragen, das uns nach der Offenbarung zur Verwirklichung aufgegeben ist.

Wie B. Stoeckle darlegt, setzt jeder ernsthafte Versuch, der Umwelt als Mitwelt gerecht zu werden und durch Mitweltlichkeit dem Menschen zu dienen, ein verbindliches Zielbild vom Menschen, das unbedingter Natur ist, voraus. Die auf sich gestellte, vorwiegend praktisch-technisch orientierte Vernunft des Menschen kann dieses Zielbild nicht erstellen. Der christliche Glaube verfügt von Gott her über einen Entwurf des Menschseins, der dem Menschen von heute als Leitbild seiner Selbstverwirklichung dienen kann; es lenkt den Blick auf die Sinnwerte, die als unentbehrliche Kriterien für die Planungen und Handlungen des Menschen notwendig sind¹⁷⁷.

Darauf hin sind *Fortschritts- und Wachstumsideen* zu überprüfen und nötigenfalls richtigzustellen¹⁷⁸; von daher ist auch die Antwort auf die Frage zu gewinnen, was der Mensch von dem, was er kann, auch darf¹⁷⁹.

a) Entfaltung des Menschen

Vom verbindlichen idealtypischen christlichen Menschenbild¹⁸⁰ aus stellt sich die *Entfaltung des ganzen Menschen* sowie die *Sicherung des Lebensraumes* dafür als Auftrag. Es geht um die wahren Bedürfnisse des ganzen Menschen, um echte Lebensqualität, um ethisches, geistiges, kulturelles Wachstum¹⁸¹, um die *Sicherung des Gemeinwohls*, d. h. der Summe aller jener Bedingungen, die den Menschen in der Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben garantieren¹⁸²; wir müssen sicherzustellen suchen, daß die Entwicklung der Kernenergie nicht auf Kosten der Menschenrechte erfolgt¹⁸³.

b) Mitmenschlichkeit

Ein wesentlicher Zug des christlichen Menschenbildes ist die *Mitmenschlichkeit* (Nächstenliebe). Auf dem Feld der friedlichen Nutzung der Kernenergie bedeutet dies

¹⁷⁶ H. Weber, *Historisches zum Utilitarismus* 241: Für die (christliche) Ethik kommt es immer auf das Ziel an, „auf das hin Konsequenzen gezogen und an dem sie gemessen werden“. — Vgl. H. Büchele, a. a. O. 15; F. Lombardi, a. a. O. 440.

¹⁷⁷ B. Stoeckle, *Christliche Verantwortung und Umweltfragen* (s. Anm. 81) 839 f.; vgl. B. Stoeckle, *Mut zum Verzicht* (s. Anm. 49), These 6; J. Kard. Döpfner, *Zur Zukunft der Menschheit* 15; H. Weber, *Historisches zum Utilitarismus* 242. — Eben in diesem Menschenbild zeigt sich das deontologische Element der christlichen Sittlichkeit.

¹⁷⁸ M. Rock, *Umweltprobleme* 352, übt Kritik an der Wachstumsideologie; Wachstum sei an den wahren Bedürfnissen des ganzen Menschen und aller Menschen (von heute und von morgen) zu messen. — Vgl. B. Stoeckle, *Christliche Verantwortung und Umweltfragen* 835–838; J. Kard. Döpfner, *Zur Zukunft der Menschheit* 14; G. Altner, *Atomenergie — Herausforderung an die Kirchen* 302.

¹⁷⁹ Vgl. B. Stoeckle, *Christliche Verantwortung und Umweltfragen* 843 f.; H. Büchele, *Zur Ethik der Atomenergie* 32; Stellungnahme der österr. Bischöfe 3.

¹⁸⁰ B. Stoeckle, *Christliche Verantwortung und Umweltfragen* 839 f.

¹⁸¹ Vgl. M. Rock, *Umweltprobleme* 352. 353; H. Büchele, a. a. O. 11; G. Altner, *Atomenergie — Herausforderung der Kirchen* 289; aus der Diskussion nach dem Vortrag von W. Frank (s. Anm. 47) 41: „Aufstieg der Menschen zur Menschlichkeit.“

¹⁸² Vgl. M. Rock, a. a. O. 353 f.

¹⁸³ H. J. Abs, *Atomenergie für friedliche Zwecke* (s. Anm. 34) 9.

Rücksicht auf die Lebensrechte der *Benachteiligten* (der Entwicklungsländer) und der *Kommenden* (der künftigen Generationen)¹⁸⁴.

c) Mitkreatürlichkeit

Die Atomenergiediskussion gibt Anlaß, das *Verhältnis des Menschen zur Natur* neu zu überdenken.

„Der in der Geschichte von Technik und Naturwissenschaft dogmatisierte Naturbegriff, daß Natur nur Objekt und Nutzungsgegenstand des Menschen sein könne, wird heute insofern als verhängnisvolle Vorentscheidung erlebt, als die exponentiell wachsende Naturzerstörung als eine unmittelbare Folge dieser Vorentscheidung gesehen werden muß“¹⁸⁵. In den letzten Jahren haben sich die Stimmen gemehrt, die für die Übergriffe des Menschen gegenüber der Natur wenigstens zum Teil eine jüdisch-christliche Tradition verantwortlich machen wollen, in der der sogenannte *Herrschaftsauftrag* Gottes an den Menschen (Gn 1, 28) so verstanden worden sei, daß der Mensch über die übrige Schöpfung hinausgehoben sei und über sie nach Belieben verfügen könne¹⁸⁶. N. Lohfink will nicht bestreiten, daß sich diese Auffassung in der jüdisch-christlichen Tradition nachweisen läßt¹⁸⁷, bezweifelt aber, daß sie sich auf Gn 1, 28 stützen könne. Die Priesterschrift, zu der diese Stelle gehöre, sehe Technik und Kunst als Fortsetzung des Schöpfungswerkes Gottes. „Sie ermöglichen, daß die Welt befähigt wird, Gott mitten unter den Menschen Wohnung zu geben. Der Kosmos soll durch sie nicht zerstört, sondern vollendet werden“¹⁸⁸.

Dem echt jüdisch-christlichen Denken entspricht es also, *mit der Natur behutsam umzugehen*, 1. weil der Mensch sonst Gefahr läuft, sich seinen *eigenen Lebensraum* zu zerstören, und 2. weil unabhängig davon *der Natur als Schöpfung Gottes Achtung* gebührt. Der Mensch kann nur im Bund mit der Natur existieren; Mensch und Natur sind Mitgeschöpfe, zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden; der Herrschaftsauftrag (Gn 1, 28) bedeutet nicht Ermächtigung zu beliebiger Verwendung, sondern Auftrag, daß der Mensch sich die Erde zu seinem Haus und zu seiner Heimat mache; das 8. Kap. des Römerbriefes zeigt, wie die ganze Schöpfung durch das Fehlverhalten des Menschen in eine trostlose Situation geraten ist¹⁸⁹.

M. Rock vertritt die Auffassung, daß nicht nur der Mensch ein Recht auf die Natur hat, sondern auch die Natur ein Recht, nach ihrer Art, natürlich, nach den biologischen Gesetzen des Werdens und Vergehens behandelt zu werden. „Öko-ethisches Verhalten besagt Dienst am Menschen und seiner irdischen Behausung“¹⁹⁰. An die Stelle der Herrschaftsideologie tritt eine *Ethik der Mitkreatürlichkeit*: Es geht um die Achtung vor der nichtmenschlichen Schöpfung, vor dem nichtmenschlichen Leben¹⁹¹, vor den

¹⁸⁴ Aus der Diskussion nach dem Vortrag von W. Frank (s. Anm. 47) 41: „Es hat noch nie eine solch egoistische Generation in bezug auf die künftigen Generationen gegeben wie die unserer!“ — B. Stoeckle, Mut zum Verzicht: „Angesichts der Langzeitwirkungen... kommt der Sorge für die Lebenschancen der zukünftigen Menschheit höchste Dringlichkeit zu.“ — Vgl. B. Stoeckle, Christliche Verantwortung und Umweltfragen 842 f.; H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie 11; F. Lombardi, Energia nucleare 227–229; G. Altner, Atomenergie — Herausforderung an die Kirchen 289; Gemeinsamer Brief der ev. und kath. Bischöfe in Baden-Württemberg 76.

¹⁸⁵ G. Altner, Atomenergie — Herausforderung 302 f.

¹⁸⁶ C. Amery, Das Ende der Vorsehung. Hamburg 1972, spricht von „gnadenlosen Folgen des Christentums“; vgl. auch D. L. Meadows u. a., Wachstum bis zur Katastrophe? Stuttgart 1974, 28 f.

¹⁸⁷ So bei B. Jacob, Das erste Buch der Tora. Genesis. Berlin 1934, 61.

¹⁸⁸ N. Lohfink, Die Priesterschrift und die Grenzen des Wachstums, StdZ 192 (1974) 435–450, 437; vgl. J. Kard. Döpfner, Zur Zukunft der Menschheit 14; F. Lombardi, Energia nucleare 225–227.

¹⁸⁹ B. Stoeckle, Christliche Verantwortung und Umwelt 840–842.

¹⁹⁰ M. Rock, Umweltprobleme 351.

¹⁹¹ Vgl. H. Büchele, Zur Ethik der Atomenergie 33 f.

„stummen Brüdern“¹⁹². „Hier geht es darum, die seit Jahrhunderten vernachlässigte Einbeziehung der Natur in das theologische Denken erneut in Angriff nehmen“¹⁹³.

4. Konsumaskese

Aus all den schon erörterten Gründen legt sich dem Menschen der industrialisierten Welt nicht selten der Verzicht auf manche Formen des Konsums und vor allem auf Konsumsteigerung nahe. „Ohne Mut zum Verzicht und zum ‚Abbremsen‘ der sich rapid beschleunigenden technischen Evolution wird menschenwürdiges Dasein heute und morgen kaum zu sichern sein“¹⁹⁴. Im besonderen gilt dies für den Christen: „Sinn und Notwendigkeit christlicher Askese erfährt eine neue Motivation. Christliche Askese muß heute auch dazu bereit sein, im Blick auf die menschliche Weltgemeinschaft Ansprüche zurückzustellen und solchen Bedürfnissen nicht nachzugeben, deren Erfüllung das Verhältnis der Menschen untereinander und das Verhältnis von Mensch und Umwelt belastet“¹⁹⁵.

Mit B. Stoeckle kann man sich aus ethischen Gründen genötigt sehen, die friedliche Nutzung der Kernenergie zwar nicht prinzipiell zu verneinen, aber vor weiterem Ausbau derartiger Unternehmungen um der Integrität des Menschen und der Natur willen noch eine längere Forschungsperiode zu fordern¹⁹⁶. Vielleicht hilft dazu das Nein zu Zd.

¹⁹² G. Altner, Atomenergie — Herausforderung 289.

¹⁹³ Ebd. 203.

¹⁹⁴ B. Stoeckle, Mut zum Verzicht, These 5. — M. Rock, Umweltprobleme 352 f.: Drosselung der Produktion von Luxusgütern, Dämpfung der Habgier, Einschränkung der Abfallprodukte, Distanz gegenüber dem Konsumwarenangebot, Selbstkontrolle. — Vgl. Delegation des Hl. Stuhles, IAEA 1978 (s. Anm. 34) 9; G. Altner, Atomenergie — Herausforderung 306.

¹⁹⁵ J. Kard. Döpfner, Zur Zukunft der Menschheit 15.

¹⁹⁶ B. Stoeckle, Mut zum Verzicht.

Für Ausbildung, Beruf und Freizeit!

Harrachstraße 5 und 10
4010 Linz,
Telefon (0 73 2) 71 0 81

eigene
Reparaturwerkstätte

eigenes Service
fachliche Beratung

